

Bürgerinitiative Lebenswerte Heimat

© Schwäbische Zeitung 2016

24.11.2016

[Dirk Thannheimer](#)

Kein Einvernehmen für Windräder

Mehrheit folgt dem Antrag der CDU in Bad Saulgauer Gemeinderatssitzung



Der Bau von Windkraftanlagen auf dem Schellenberg wird weiterhin Thema bleiben. Der Stadtrat verweigerte in der Gemeinderatssitzung das Einvernehmen. (Foto: dpa)

Bad Saulgau sz Das Thema Windkraft geht in die nächste Runde: Der Stadtrat [Bad Saulgau](#) hat in der Gemeinderatssitzung gestern Abend vor zahlreichen Zuhörern im Stadtforum mit 14 Ja- und zehn Nein-Stimmen das gemeindliche Einvernehmen für den von der Firma Uhl in Ellwangen geplanten Bau von drei Windkraftanlagen auf dem Schellenberg verweigert. Stattdessen wurde einem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt. Die CDU fordert das Landratsamt Sigmaringen als zuständige Genehmigungsbehörde unter anderem dazu auf, alle vollständigen Unterlagen zur Prüfung vorzulegen. Der Stadt Bad Saulgau sind seit einem Gemeinderatsbeschluss im März 2015 die Hände gebunden.

Das gemeindliche Einvernehmen ist gleichzusetzen mit dem Einverständnis einer Gemeinde für ein Bauvorhaben. Oder wie es der Erste Beigeordnete der Stadt Bad Saulgau, [Richard Striegel](#), gestern Abend vereinfacht sagte: „Das Einvernehmen ist nichts anderes wie eine Mitteilung an das Landratsamt als Genehmigungsbehörde, dass es keine planungsrechtlichen Bedenken gegen das Bauvorhaben gibt.“



Bürgerinitiative Lebenswerte Heimat

Das sieht die CDU-Fraktion jedoch anders. „Das geplante Bauvorhaben von Windkraftanlagen auf dem Schellenberg schränkt die Stadt in deren grundgesetzlichen Planungsrechten ein“, lautete ein Punkt des Antrags, den CDU-Stadtrat [Klaus Nerlich](#) vorgetragen hatte. Das gelte insbesondere für die Planung einer im Verkehrswegeplan vorgesehenen Umgehungsstraße der Teilorte Steinbronnen, Renhardsweiler und Bierstetten. Dem widersprach jedoch Bad Saulgau Stadtbaumeister Pascal Friedrich: Die von der Firma Uhl geplanten drei Windkraftanlagen nördlich von Steinbronnen „würden nicht mit der Umgehungsstraße kollidieren“. Beim Bau der 150 Meter hohen Windkraftanlagen müsste die Zufahrtsstraße fünf Meter breit sein. Danach würde sie wieder zu einem Feldweg von drei Meter zurückgebaut werden.

Gutachten nicht bekannt

Die CDU nannte in ihrem Antrag weitere Gründe, warum das Einvernehmen (vorerst) nicht erteilt werden sollte. „Wichtige Unterlagen wie Untersuchungen zum Lärmgutachten, zum Naturschutz oder zum Schattenwurf wurden vom Landratsamt nicht vorgelegt“, so Nerlich weiter. Deshalb sei es nicht möglich, eine Prüfung von offensichtlichen Härten und nachbarschaftlichen Interessen vorzunehmen. „Wir rügen ausdrücklich die Unvollständigkeit der Unterlagen, die zur Behandlung eines Bauvorhabens dieser Größe und Wichtigkeit zwingend erforderlich sind“, ergänzte Nerlich als Sprecher der CDU-Fraktion, die mit ihrem Antrag die anderen Fraktionen im Gemeinderat überraschte. Nerlich betonte bei der Gelegenheit, dass sich der Vorwurf nicht an die Verwaltung, sondern ausschließlich an das Landratsamt richte.

Bevor die Diskussion begann, ordnete Bürgermeister Doris Schröter den Sachverhalt nochmal ein. „Wir sind nicht mehr Herr des Verfahrens.“ Und das bereits seit anderthalb Jahren, als der Gemeinderat beschlossen hatte, das Verfahren für den Flächennutzungsplan der Windenergie einzustellen. „Wir sind selbst mitverantwortlich dafür, dass wir keine Vorranggebiete ausgewiesen haben“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende Helga Brey. Das gemeindliche Einvernehmen könne seitens der Stadt nur versagt werden, wenn dem Vorhaben bauplanungsrechtliche Gründe entgegenstünden, ergänzte Schröter. Das sei aber nicht der Fall.

Der Bau von Windkraftanlagen ist damit aber noch längst nicht vom Tisch. „In zwei Monaten wird das gemeindliche Einvernehmen wieder auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stehen“, sagte Richard Striegel. Den Antrag auf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung hat die Firma Uhl jedenfalls längst gestellt.